



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Cornelia Möhring
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Miguel Berger
Staatssekretär

Berlin, den 06.08.2020

Schriftliche Fragen für den Monat Juli 2020
Frage Nr. 7-435

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung erreichen, wie in der EU-Vorausschau für die deutsche Ratspräsidentschaft angekündigt, dass sowohl alle Länder der Europäischen Union als auch die Europäische Union selbst die Istanbul-Konvention ratifizieren, und wie verhindert sie bzw. welche diplomatischen Mittel legt sie ein, um zu verhindern, dass Polen wie angekündigt aus der Istanbul-Konvention austreten wird (<https://www.coe.int/en/web/portal/-/poland-should-not-withdraw-from-the-istanbul-convention-says-secretary-general>)?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung setzt sich sowohl bilateral als auch im europäischen Rahmen für die Universalisierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der so genannten Istanbul-Konvention, ein. Auch anlässlich des deutschen Vorsitzes des Ministerkomitees des Europarats (vom 18. November 2020 bis zum 21. Mai 2021) wird die Wichtigkeit einer unverzüglichen Ratifizierung der Istanbul-Konvention hervorgehoben werden. Die Istanbul-Konvention, deren zehnjähriges Jubiläum 2021 während des deutschen Europarats-Vorsitzes mit einer Konferenz in Berlin gewürdigt werden soll, ist das wichtigste völkerrechtliche Instrument, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und den Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten.

Die Bundesregierung ist daher besorgt über die aktuellen Diskussionen in Polen, in denen eine Kündigung der Istanbul-Konvention in Betracht gezogen wird. In ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Rates der Europäischen Union (EU) und vor dem Hintergrund der politischen Ziele der EU und der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Franziska Giffey, am 27. Juli 2020 die polnische Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, Frau Marlena Malag, in einem Schreiben eindringlich gebeten, die Pläne, die Konvention aufzukündigen zu wollen, zu überdenken. Daran anknüpfend wird die Bundesregierung in Abstimmung mit europäischen Partnern weiterhin für ein Festhalten Polens an der Istanbul-Konvention werben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized initial 'G' followed by a series of connected loops and a long horizontal stroke extending to the right.